

09. Okt. 2014
1-14 TU

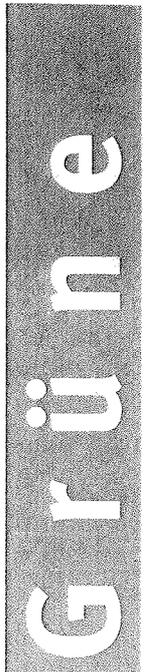
Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Bergisch Gladbach

B 90/ Die Grünen* Rathaus* 51465 Bergisch Gladbach

An den Vorsitzenden des Rates
Bürgermeister
Lutz Urbach
Rathaus Bergisch Gladbach

Telefon+ Fax: 0 22 02/ 14 22 42
fraktion@gruene-gl.de
www.gruene-gl.de
Bürozeiten: mo 15-18 Uhr, die 9-14:00 Uhr,
do 9-14:00 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
Montags 17-18 Uhr

51465 Bergisch Gladbach



Bergisch Gladbach, 06.10.2014

Sehr geehrter Herr Urbach,
bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 23.10.2014

Prüfauftrag zu den Auswirkungen weltweiter Handelsabkommen auf die Kommunale Daseinsvorsorge

Der Rat bittet die Verwaltung folgendes zu prüfen:

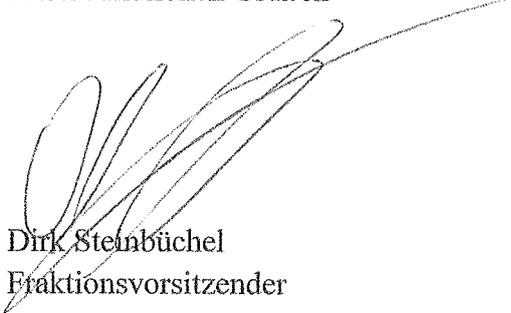
- 1) Welche Konsequenzen das derzeit von der EU-Kommission im geheimen verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) sowie das Abkommen mit Kanada (CERA) für die Stadt Bergisch Gladbach hat, so z. B. für die öffentliche Auftragsvergabe, Energiepolitik und Umweltschutz wie auch für Tarife und Arbeitsbedingungen der Stadt Bergisch Gladbach, der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe?
- 2) Inwieweit durch eine Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge für die BürgerInnen der Stadt Bergisch Gladbach, wie z. B. in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, öffentlicher Nahverkehr oder der Wasserversorgung, betroffen wären?

100 % Recycling-Papier

Begründung:

- 1) Das TTIP und CERA wird Einfluss darauf haben, welche Dienstleistungen zukünftig noch von Städten und Gemeinden selbst erstellt werden dürfen.
- 2) Welche Dienstleistungen in einem Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben werden müssen und unter welchen Bedingungen dies zu erfolgen hat, wird auch von den Regelungen dazu im TTIP und CERA abhängen.
- 3) Die Investitionsschutzregelungen des TTIP und des CERA werden voraussichtlich dazu führen, dass die Entscheidungsfreiheit der Kommunen eingeschränkt wird, weil sie Schadensersatzansprüche von Investoren befürchten müssen.
- 4) Es wird auf den Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 (in München) verwiesen. In diesem wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich gegenüber der EU-Kommission mit Nachdruck dafür einzusetzen, die kommunale Daseinsvorsorge von dem derzeit verhandelten TTIP, CERA und evtl. weiteren Freihandelsabkommen explizit auszuschließen.

Mit freundlichen Grüßen



Dirk Steinbüchel
Fraktionsvorsitzender

gez. Dr. Peter Bäumle-Courth
finanzpolitischer Sprecher